



Bild: zVg

Gegenrede

Unter aller Kritik

Der ukrainische Botschafter in der Schweiz verdrehte in seinem Interview mit der Weltwoche die Tatsachen. Hier lege ich dar, wo er falschliegt.

Die *Weltwoche* versucht, die Geschehnisse in der Ukraine objektiv darzustellen und veröffentlicht sowohl die Meinungen russischer als auch ukrainischer Amtspersonen. Das schätzen wir sehr. Wir kommen jedoch nicht umhin, auf eine Reihe von Tatsachenverdrehungen, die im Interview mit dem ukrainischen Botschafter (*Weltwoche* Nr. 50/18) zugelassen wurden, hinzuweisen.

Merkwürdig erscheint uns die Aussage von Herrn Rybchenko über «russische Truppen», die an der Ostgrenze der Ukraine stehen sollen. Nicht Russland verhängte den Kriegszustand, und nicht Russland erhöhte unter diesem Deckmantel seine Militärpräsenz und zog die schweren Waffen in Grenzgebieten zusammen, unter anderem entlang der Trennungslinie im Donezbecken, sondern die Ukraine, was von den OSZE-Beobachtern bestätigt wurde. Wenn man dies in Betracht zieht, wird glasklar, wem es nützte, Spekulationen über den Vorfall vom 25. November im Schwarzen Meer zu verbreiten, den Kriegszustand einzuführen und dabei die meisten bürgerlichen Rechte der eigenen Bevölkerung zu beschneiden.

Diese Massnahme durch den ukrainischen Präsidenten Petro Poroschenko wurde selbst von mehreren Parteien in der Obersten Rada kritisiert. Sie sahen darin den Versuch, die für den 31. März angesetzten Präsidentschaftswahlen abzusagen, weil Poroschenko laut Umfragen nicht einmal in die Stichwahlen kommen würde.

Der angesprochene Vorfall ereignete sich in Gewässern, die schon vor 2014 zum russischen Staatsterritorium gehörten. Zwei Kanonenboote der ukrainischen Kriegsmarine und ein Schlepper verletzten unsere Grenzen, als sie versuchten, in diese Gewässer einzudringen. Wie man den auf den Schiffen beschlagnahmten Unterlagen entnehmen konnte, hatten die Schiffe den Auftrag, verdeckt die Strasse von Kertsch zu passieren.

Fünf, nicht sieben Stunden

Besonders akut stellt sich das Problem des Schutzes der russischen Staatsgrenzen und von strategisch bedeutenden Objekten, zu denen auch die Krim-Brücke zählt, vor dem Hintergrund der jüngsten Erklärungen einzelner ukrainischer Politiker, beispielsweise des Abgeordneten der Obersten Rada, Herrn Matveychuk, wonach alles getan werden soll, um die Krim-Brücke zu sprengen. Der Botschafter behauptet weiter, die ukrainischen Seeleute hätten ihre Aussagen unter Druck getätigt – obwohl, wie er anerkennt, Anwälte und Bürgerrechtler zu ihnen Zugang gehabt hätten. Dabei seien die Verhafteten, wie er offenbar aufgrund schwacher Kenntnisse von internationalen Konventionen meint, Kriegsgefangene (obschon die Ukraine in den vier Jahren zuvor Russland nie den Krieg erklärt hatte).

Die Anschuldigungen, die ukrainischen Schiffe würden im Asowschen Meer über viele Stunden oder sogar Tage zur Kontrolle festgehalten, sind frei erfunden. So wurden 2018 von April bis Oktober 1492 Schiffsinspektionen durchgeführt. Die absolute Mehrheit der Kontrollen (1389) fand bei der Einfahrt in die Strasse von Kertsch statt, wo Karawanen zur Durchfahrt durch den Kertsch-Jenikale-Kanal gebildet wurden (es besteht der Lotsenzwang,

den vor 2014 auch die Ukraine eingesetzt hatte). Die Kontrolle selbst dauerte in der Regel nicht länger als drei Stunden. Die längste Kontrolle nahm fünf Stunden in Anspruch, keine sieben Stunden, wie der ukrainische Botschafter sagte.

Unter aller Kritik ist dessen Behauptung, die Krim-Brücke sei absichtlich zu tief gebaut worden, damit Hochseeschiffe nicht darunter durchfahren könnten. Offensichtlich vergass Herr Rybchenko, dass die mittlere Tiefe des Asowschen Meeres nur 7,4 Meter beträgt. Die zwei ukrainischen Haupthäfen auf dem Asowschen Meer – Berdjansk und Mariupol – können im Prinzip keine Schiffe mit grösserem Tiefgang empfangen.

Minister mit zwei Pässen Bizarr klingt die Erklärung des ukrainischen Botschafters, dass «russische Agenten in Ministerien unserer Regierung sassen». Tatsache ist, dass die ukrainische Regierung früher Minister mit doppelter Staatsbürgerschaft hatte, etwa Finanzministerin Natalija Jaresko (USA), Gesundheitsminister Alexander Kwitaschwili (Georgien) oder Wirtschaftsminister Aivaras Abromavicius (Litauen). Zudem ist der Sicherheitsdienst der Ukraine von CIA-Beratern geprägt. Es stellt sich die Frage: Welche «russischen Agenten» kann es in einer solchen Umgebung geben?

Während des gesamten Interviews spricht Herr Rybchenko von der «Annexion» der Krim, was zeigt, wie er die freie Willenserklärung der dortigen Bevölkerung geringschätzt. Diese hat nach dem Staatsstreich von Kiew im Frühling 2014 entschieden, die Unabhängigkeit zu wählen und in der russischen Nation aufzugehen. Dies geschah in voller Übereinstimmung mit dem Recht der Nationen auf Selbstbestimmung, wie es in der Uno-Charta verbrieft ist.

Ganz absurd erscheinen die Beweisgründe von Herrn Rybchenko, dass die Bekämpfung der Korruption in der Ukraine durch Moskau gestört sei. Es ist ziemlich verständlich, dass Russland in der Ukraine für alles beschuldigt

wird, was schiefläuft, darunter der erfolglose Kampf gegen die grassierende Korruption. Die Ukraine sitzt am bitteren Ende der Armenbank Europas. Gleichzeitig bleibt unbemerkt, dass sich das persönliche Vermögen von Präsident Poroschenko in den letzten vier Jahren um den Faktor sieben vergrößert hat.

Sergei Garmonin ist Botschafter der Russischen Föderation in Bern.